

Fragen

für die Fragestunde der 165. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 24. April 2024

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (Gruppe Die Linke)	19, 20	Kaufmann, Michael, Dr. (AfD)	69
Auernhammer, Artur (CDU/CSU)	62, 65	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	45, 51
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26, 31	Leikert, Katja, Dr. (CDU/CSU)	23
Bernstein, Melanie (CDU/CSU)	6, 7	Pahlmann, Ingrid (CDU/CSU)	15, 64
Brandner, Stephan (AfD)	2, 3	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	55, 60
Breher, Silvia (CDU/CSU)	11, 14	Pilsinger, Stephan (CDU/CSU)	27, 38
Bünger, Clara (Gruppe Die Linke)	46, 47	Plum, Martin, Dr. (CDU/CSU)	33, 34
Bystron, Petr (AfD)	50, 53	Rehbaum, Henning (CDU/CSU)	42
Dağdelen, Sevim (Gruppe BSW)	40, 52	Reichel, Markus, Dr. (CDU/CSU)	41
Damerow, Astrid (CDU/CSU)	61, 66	Reichinnek, Heidi (Gruppe Die Linke)	5, 16
Gädechens, Ingo (CDU/CSU)	58, 59	Rohwer, Lars (CDU/CSU)	36, 48
Gebhart, Thomas, Dr. (CDU/CSU)	32, 39	Schattner, Bernd (AfD)	1, 4
Görke, Christian (Gruppe Die Linke)	37, 44	Seitz, Thomas (fraktionslos)	28
Gürpınar, Ates (Gruppe Die Linke)	24, 25	Stumpp, Christina (CDU/CSU)	67, 68
Hardt, Jürgen (CDU/CSU)	56, 57	Tebroke, Hermann-Josef, Dr. (CDU/CSU)	8, 54
Hauer, Matthias (CDU/CSU)	35, 70	Timmermann-Fechter, Astrid (CDU/CSU)	17, 18
Hunko, Andrej (Gruppe BSW)	29, 49	Vogt, Oliver, Dr. (CDU/CSU)	63
Janssen, Anne (CDU/CSU)	21, 22	Wiesmann, Bettina Margarethe (CDU/CSU)	9, 10
Jarzombek, Thomas (CDU/CSU)	30, 43	Wulf, Mareike Lotte (CDU/CSU)	12, 13

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr ...	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.....	10
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz.....	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat	14
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz.....	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft.....	19

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

1. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD) Hat die Bundesregierung einen „Überblick“ über die „mehr als 5000 Projekte und Maßnahmen“ des von der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Lisa Paus finanzierten Programms gegen Rechts „Demokratie leben!“ (vgl. www.focus.de/politik/deutschland/wir-haben-vieles-durchgewunken-182-millionen-fluessen-in-gruenes-anti-rechts-programm-jetzt-packt-insid-erin-aus_id_259813999.html)?
2. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Was sind nach Ansicht des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die fünf größten Erfolge des Bundesprogramms „Demokratie Leben!“?
3. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Wie viele Meldungen von antifeministischen Vorfällen sind nach Kenntnis der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bislang bei der „Meldestelle Antifeminismus“ (www.ama-deu-antonio-stiftung.de/projekte/meldestelle-antifeminismus/), die von ihrem Bundesministerium finanziell gefördert wird (www.tagesspiegel.de/politik/gefördert-durch-die-familienministerin-prominenten-antifeministen-und-medien-droht-aufnahme-in-offentliche-meldestelle-9369482.html), eingegangen?
4. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD) Hat die Bundesregierung in Person der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Lisa Paus Kenntnis darüber, wie viele Geschlechtsanpassungen bei Minderjährigen in den letzten sechs Jahren in Deutschland durchgeführt wurden?
5. Abgeordnete
Heidi Reichinnek
(Gruppe Die Linke) Werden nach Kenntnis der Bundesregierung Projekten, die über das Bundesinvestitionsprogramm „Gemeinsam gegen Gewalt gegen Frauen“ (Haushaltstitel 893 23 im Einzelplan 17) bereits einen positiven Bewilligungsbescheid bezüglich ihrer Förderung erhalten haben, auch dann die Kosten entsprechend dem Bescheid vollständig erstattet oder bezuschusst, wenn diese z. B. aufgrund von Bauverzögerungszeiten erst nach Ende Dezember 2024 entsprechende Rechnungen nachweisen können?

6. Abgeordnete
Melanie Bernstein
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung bereits unternommen und wird sie noch unternehmen, um Verbesserungen beim Mutterschutz nach einer Fehlgeburt auch vor dem Hintergrund des Koalitionsvertrages zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und entsprechenden interfraktionellen Gesprächen auf den Weg zu bringen?
7. Abgeordnete
Melanie Bernstein
(CDU/CSU)
- Wann wird das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend den im November 2023 mit der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion CDU/CSU „Maßnahmen der Bundesregierung für Gründerinnen und Selbstständige bei Schwanger- und Mutterschaft“ auf Bundestagsdrucksache 20/9532 angekündigten Referentenentwurf zur Verbesserung der Situation von Selbstständigen vorlegen?
8. Abgeordneter
Dr. Hermann-Josef Tebroke
(CDU/CSU)
- Inwiefern und auf welchen Annahmen basierend ist die Bundesregierung mit Blick auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion CDU/CSU (Bundestagsdrucksache 20/10572, Frage 25) zu erhöhten Bedarfen von Mehrkindfamilien zu der Auffassung gelangt, dass mit den sozialstaatlichen und familienbezogenen Leistungen der Bedarf jedes Kindes und Elternteils gedeckt werden kann?
9. Abgeordnete
Bettina Margarethe Wiesmann
(CDU/CSU)
- Wie genau wurde die Anzahl von 5,6 Millionen Kindern errechnet, die, laut einem Interview von der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Lisa Paus vom 31. August letzten Jahres gegenüber dem RedaktionsNetzwerk Deutschland, mit dem Kinderzusatzbetrag der geplanten Kindergrundsicherung erreicht werden?
10. Abgeordnete
Bettina Margarethe Wiesmann
(CDU/CSU)
- Was spricht aus Sicht der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend dagegen, dass Empfänger von Fördermitteln nach dem Demokratiefördergesetz sich zu eben dieser Demokratie bekennen sollen (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Mündliche Frage 19 der Abgeordneten Gökay Akbulut vormals DIE LINKE. Plenarprotokoll 20/87, S. 10421D, sowie www.tagesspiegel.de/meinung/demokratiefordergesetz-extrem-selbstverstandlich-11211034.html)?

11. Abgeordnete
Silvia Breher
(CDU/CSU)
- Auf welchen konkreten Berechnungen basieren – auch mit Blick auf die aktuellen Zahlen zur Inanspruchnahme des Kinderzuschlags von über einer Million Kinder – die aktuellen Angaben der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Lisa Paus (www.tagesschau.de/inland/deb-atte-kindergrundsicherung-100.html), dass es einer Kindergrundsicherung bedarf, weil noch immer „Millionen Kinder“ (laut Beitrag 3,5 Millionen Kinder) die Leistungen nicht in Anspruch nehmen, und wie setzt sich diese Berechnung konkret zusammen?
12. Abgeordnete
Mareike Lotte Wulf
(CDU/CSU)
- Wie beabsichtigt die Bundesregierung – vor dem Hintergrund, dass das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in seinem Aktionsplan Queeres Leben feststellt, dass in Deutschland die Beratungsstellen für Trans-Jugendliche noch nicht ausreichend ausgebaut seien – konkret die Beratungsstellen für Kinder und Jugendliche mit Geschlechtsdysphorie auszubauen, und welche Haushaltsmittel stehen dafür zur Verfügung?
13. Abgeordnete
Mareike Lotte Wulf
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung, um den durch den Ausbau der Ganztagsbetreuung entstandenen Fachkräftebedarf zu decken, und bis wann sollen diese umgesetzt werden?
14. Abgeordnete
Silvia Breher
(CDU/CSU)
- Wie erklärt die Bundesregierung, dass nach der Wahl der Abgeordneten Melanie Bernstein als stellvertretendes Mitglied in den Stiftungsrat der Bundesstiftung Gleichstellung durch den Deutschen Bundestag am 20. April 2023 und der daraufhin erfolgten Mitteilung dieser Wahl per Schreiben vom Direktor des Deutschen Bundestages an die Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Ekin Deligöz die Benennung von Melanie Bernstein seitens des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend seit über einem Jahr nicht an die Bundesstiftung Gleichstellung weitergegeben wurde, obwohl dies die Regularien vorsehen (§ 6 Absatz 3 des Gesetzes zur Errichtung der Bundesstiftung Gleichstellung)?
15. Abgeordnete
Ingrid Pahlmann
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung sicherstellen, dass es im Rahmen der Aufstellung des Entwurfs für den Bundeshaushalt 2025 im Bereich der Freiwilligendienste zu keinen Kürzungen im Vergleich zu den im Bundeshaushalt 2024 etatisierten Mitteln kommen wird?

16. Abgeordnete
Heidi Reichinnek
(Gruppe Die Linke)
- Wann wird die Bundesregierung das Kita-Qualitätsentwicklungsgesetz in den parlamentarischen Prozess einbringen, und mit welchen finanziellen Mitteln wird es ausgestattet sein?
17. Abgeordnete
Astrid Timmermann-Fechter
(CDU/CSU)
- Was ist das Ergebnis der in der Einsamkeitsstrategie der Bundesregierung angekündigten Prüfung, die Förderung der Entwicklung von Handlungsempfehlungen für Kommunen zur Gründung von sektoren- und bereichsübergreifenden lokalen „Allianzen zur Vorbeugung und Linderung von Einsamkeit“ zu unterstützen, und wann ist konkret mit solchen Empfehlungen zu rechnen?
18. Abgeordnete
Astrid Timmermann-Fechter
(CDU/CSU)
- Wurde die in der Einsamkeitsstrategie der Bundesregierung angekündigte interministerielle Arbeitsgruppe unter Federführung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Förderung einer nachhaltigen und bereichsübergreifenden Bearbeitung des Themas schon etabliert, und wenn ja, wie oft hat diese bereits getagt, und welche Bundesministerien sind in dieser Arbeitsgruppe vertreten?
19. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(Gruppe Die Linke)
- Inwieweit plant die Bundesregierung, die Kürzungsvorgaben aus dem Bundesministerium der Finanzen für das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Höhe von 900 Mio. Euro (vgl. www.tagesspiegel.de/politik/planungen-fur-haushalt-2025-lindner-fordert-offenbar-grosse-einsparungen-von-baerbock-paus-und-wissing-11443214.html) umzusetzen, und an welchen Stellen sollen diese eingespart werden?
20. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(Gruppe Die Linke)
- Wieso wurde die EU-Richtlinie von 2019 zur Partner-Auszeit nach der Geburt, die verbindliche Mindeststandards für die Mitgliedstaaten formuliert, die eigentlich bis August 2022 hätte umgesetzt werden müssen, aufgrund dessen die EU ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet hat, noch nicht umgesetzt, und wie ist der letzte Stand bei dem Vertragsverletzungsverfahren?
21. Abgeordnete
Anne Janssen
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung gemeinsam mit den Ländern darauf hinwirken, dass der ab 2026 einsetzende Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung in der Grundschule in der Praxis flächendeckend garantiert werden kann, und wenn dies nicht der Fall ist, wird die Bundesregierung dann das Einsetzen des Rechtsanspruches nach hinten verschieben?

22. Abgeordnete
Anne Janssen
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung den Sachverhalt, dass Projekte, die im ersten Investitionsprogramm zum beschleunigten Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder nicht vollständig realisiert werden konnten, die Anträge zurückziehen mussten, im Rahmen des neuen Förderantrags nun weniger Bundesförderung erhalten und somit nach mir vorliegenden Informationen einen nachhaltigen finanziellen Schaden haben werden (insbesondere vor dem Hintergrund, dass der Bundesregierung bekannt war, dass es Projekte gab, die nicht innerhalb der gesetzten Frist fertiggestellt werden konnten – siehe Antwort der Bundesregierung zu Frage 8 der Kleinen Anfrage der Fraktion der CDU/CSU auf Bundestagsdrucksache 20/10572)?
23. Abgeordnete
Dr. Katja Leikert
(CDU/CSU)
- An wen richtet sich die Forderung der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Lisa Paus „Mehr Schutz für Frauen“ zu gewährleisten, wie sie im vergangenen November in einem Interview in der Wochenzeitung „DIE ZEIT“ erwähnte (Quelle: www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2023-11/gewalt-frauen-lisa-paus-frauenrat), unter dem Gesichtspunkt, dass kurz zuvor ein Förderstopp für Frauenhäuser verhängt wurde und absehbar ist, dass das Förderprogramm für neue Frauenhäuser Ende dieses Jahres auslaufen wird (Quelle: www.tagesspiegel.de/politik/frauenhauser-in-geldnot-lander-setzen-paus-unter-druck-9986803.html)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

24. Abgeordneter
Ates Gürpınar
(Gruppe Die Linke)
- Wie weit sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Umsetzungsplanungen fortgeschritten, um die Kosten in der stationären Pflege zu senken (indem die Ausbildungskostenumlage aus den Eigenanteilen herausgenommen und die Behandlungspflege der gesetzlichen Krankenversicherung übertragen und pauschal ausgeglichen wird) sowie eine Lohnersatzleistung im Falle pflegebedingter Auszeiten einzuführen (www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf, alle Punkte auf Seite 63)?

25. Abgeordneter
Ates Gürpınar
(Gruppe Die Linke)
- Wie weit ist die Bundesregierung mit der parallel zur ersten Säule des Cannabisgesetzes angekündigten zweiten Säule (www.bundesgesundheitsministerium.de/themen/cannabis/faq-cannabisgesetz/)?
26. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was wird die Bundesregierung noch in dieser Legislaturperiode angesichts des allgemein bekannten „Pflegerotstands“ und in Betrachtung des aktuellen Falls in einer Pflegeeinrichtung in Berlin (siehe dazu: www.deutschlandfunk.de/pflege-fachkraeftemangel-zukunftsaussichten-100.html; www.tagesschau.de/inland/regional/berlin/rbb-seniorenheim-in-berlin-lichtenberg-keine-geeignete-abloese-fuer-die-nachtschicht-pflegekraft-ruft-poli-zei-100.html) unternehmen, damit zeitnah ausreichend ausgebildete Pflegekräfte zur Verfügung stehen?
27. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Welche Apothekenverbände bzw. Interessenvertreter waren an den Vorgesprächen des federführenden Bundesministeriums für Gesundheit für einen Referentenentwurf zur Apothekenreform (vgl. www.apotheke-adhoc.de/nachrichten/detail/politik/apothekenreform-neuregelung-zur-hilfstaxe/) beteiligt, und sieht die Bundesregierung in dieser Auswahl die Apothekerschaft in ihrer Bandbreite hinreichend vertreten?
28. Abgeordneter
Thomas Seitz
(fraktionslos)
- Wie hoch ist die Anzahl der jährlich von der Bundesregierung an die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) gemeldeten Sicherheitsberichte in den Jahren 2020 bis 2023 (bitte jeweils nach Gesamtzahl pro Jahr aufschlüsseln), und wie hoch ist insbesondere die Zahl der gemeldeten Sicherheitsberichte mit Bezug zu den beiden Medikamenten (bzw. Wirkstoffen) Inflectra™ (Infliximab) und Keytruda® (Pembrolizumab) für die genannten Jahre (<https://reitschuster.de/post/wurden-in-den-niederlanden-600-000-impfungen-aus-dem-register-geloescht/>)?

29. Abgeordneter
Andrej Hunko
(Gruppe BSW)
- Inwieweit verfolgt die Bundesregierung die Situation rund um den Anstieg von Insolvenzen von Pflegeanbietern bundesweit und in Nordrhein-Westfalen (Verfünffachung der Zahl von Insolvenzen, vgl. www.haesusliche-pflege.net/zahl-der-pflege-insolvenzen-in-nrw-verfuenffacht/), und unternimmt sie konkrete Anstrengungen (ggf. auch gemeinsam mit den Bundesländern), um diesem Trend entgegenzuwirken und eine flächendeckende Pflegeversorgung zu gewährleisten, ohne zugleich die Tarifbindung zu gefährden und die Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte weiter zu verschlechtern, und wenn ja, welche, und wenn nein, warum nicht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr

30. Abgeordneter
Thomas Jarzombek
(CDU/CSU)
- Warum hat die Bundesregierung bislang keine Verordnung zum im Dezember 2021 in Kraft getretenen Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetz (TTDSG) erlassen, die sogenannte Personal-Information-Management-Systeme (PIMS) regelt, damit Nutzerinnen und Nutzer von Webseiten die Einwilligungen über Cookie-Banner an PIMS delegieren können?
31. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bis wann soll die von der Bundesregierung geplante Anpassung der Grenzwerte für Tetrahydrocannabinol (THC) im Straßenverkehr auf den Weg gebracht werden (siehe dazu: www.br.de/nachrichten/bayern/bayern-gegen-hoehere-cannabis-grenzwerte-im-verkehr,U945EMx), um Rechtssicherheit für Konsumierende herzustellen?

32. Abgeordneter
Dr. Thomas Gebhart
(CDU/CSU)
- Über welche Bahnstrecken werden nach Kenntnis der Bundesregierung – und vor dem Hintergrund, dass für diese bereits am 27. März 2024 eingereichte Frage erst um eine neuntägige Fristverlängerung gebeten wurde und diese dann dennoch nur dergestalt beantwortet wurde, dass eine Antwort nachgereicht würde – die 40 Güterzüge pro Tag je Fahrtrichtung, die während der Sperrung der Rheintalbahn im Sommer 2024 über das Elsass umgeleitet werden können (vgl. Drucksache 17/6183 des Landtags Baden-Württemberg), aus dem Elsass kommend ab Wörth (Rhein) weiterfahren (bitte nach Anzahl der Güterzüge pro Bahnstrecke aufschlüsseln), und inwiefern wurden die betreffenden Kommunen über die geplanten Umleitungsverkehre informiert?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

33. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Aus welchen im Einzelnen aufzuführenden Gründen ist die Bundesregierung der Auffassung, dass die Förderung des Projektes „Offener Zugang zum Grundgesetz (OZUG)“ mit 291.800,80 Euro durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (www.jura.uni-hannover.de/de/forschung/forschungsbereiche/einzelansicht/projects/offener-zugang-zum-grundgesetz-ozug) die Grenzen zulässiger staatlicher Öffentlichkeits- und Informationsarbeit wahrt sowie auch wettbewerbsrechtlich zulässig ist?
34. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Wie wird im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung mit 291.800,80 Euro geförderten Projekts „Offener Zugang zum Grundgesetz (OZUG)“ (www.jura.uni-hannover.de/de/forschung/forschungsbereiche/einzelansicht/projects/offener-zugang-zum-grundgesetz-ozug) die Meinungsvielfalt der Grundgesetzkommentierung sichergestellt und dauerhaft unzulässige staatliche oder (partei)politische Einflussnahme auf deren Inhalt ausgeschlossen?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
des Bundeskanzleramtes**

35. Abgeordneter
Matthias Hauer
(CDU/CSU)
- Wann hat der Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramts Wolfgang Schmidt erstmals Kenntnis von der Anfrage des „ZDF Magazin Royale“ zu den Verwicklungen des Bundeskanzlers Olaf Scholz in den Cum-Ex-Steuerkandal um die Privatbank M.M. Warburg & CO (vgl. www.youtube.com/watch?v=fZNe3xAY9Zw) erlangt (bitte angeben, wann die Anfrage beim Bundeskanzleramt einging und wann sie dem Chef des Bundeskanzleramts erstmals vorlag), und vertritt die Bundesregierung die Auffassung, dass es sich bei dem Anruf von Wolfgang Schmidt beim Moderator des „ZDF Magazin Royale“ Jan Böhmermann infolge der schriftlichen Anfrage des „ZDF Magazin Royale“ an das von Wolfgang Schmidt geleitete Bundeskanzleramt um einen außerdienstlichen Kontakt handelt, wenn er davon ausschließlich dienstlich Kenntnis erlangt hat (bitte angeben, ob Wolfgang Schmidt dem Bundeskanzler Olaf Scholz von seinem Telefonat mit Jan Böhmermann berichtet hat; vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage mit der Arbeitsnummer 4/078 auf Bundestagsdrucksache 20/11102)?
36. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)
- Auf welchem Abstimmungsstand befindet sich das von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP im Koalitionsvertrag für die 20. Wahlperiode angekündigte Vorhaben, öffentlichen Bibliotheken Sonntagsöffnungen zu ermöglichen, und für wann plant die Bundesregierung die Vorlage eines entsprechenden Gesetzentwurfs?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Klimaschutz**

37. Abgeordneter
Christian Görke
(Gruppe Die Linke)
- Wie bewertet die Bundesregierung die im Rahmen der Beihilfeprüfung der Europäischen Kommission im Raum stehende finanzielle Beteiligung der Shareholder an der PCK Raffinerie GmbH, in Form einer Durchleitungsgebühr, an der Ertüchtigung der Pipeline von Rostock nach Schwedt, und wann rechnet Bundesregierung mit einem Beginn der Ertüchtigung der Pipeline von Rostock nach Schwedt (vgl. www.nordkurier.de/politik/aus-fuer-pck-pipeline-so-koennen-eigentue-mer-die-lebenswichtige-ol-leitung-retten-2442029)?
38. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Feststellung eines von der Freien Apothekerschaft e. V. in Auftrag gegebenen Gutachtens, wonach das zuständige Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz die Pflicht habe, den Festzuschlag auf rezeptpflichtige Arzneimittel nach § 3 Absatz 1 Satz 1 der Arzneimittelpreisverordnung regelmäßig an die allgemeine Kostenentwicklung/Inflation anzupassen (siehe www.freieapothekerschaft.de/wp-content/uploads/2024/04/PM_BVDAK_20240415.pdf), und wird die Bundesregierung dieser Vorgabe gegebenenfalls zeitnah folgen?
39. Abgeordneter
Dr. Thomas Gebhart
(CDU/CSU)
- Bis wann müsste die Bundesregierung nach den ihr vorliegenden Prognosen zu zukünftigen Treibhausgasemissionen erstmals Emissionsberechtigungen im Rahmen der europäischen Lastenteilungsverordnung von anderen Ländern zukaufen, und für wie viele Tonnen Kohlenstoffdioxid-Emissionen wären diese Zukäufe notwendig?

40. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(Gruppe BSW)
- In Höhe welchen Gesamtwertes wurden im April 2024 bis zum aktuellen Stichtag der Beantwortung dieser Frage Einzelgenehmigungen für den Export von Rüstungsgütern für Israel erteilt (bitte neben dem Gesamtwert auch die jeweiligen Werte für Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter auflisten; sofern eine endgültige Auswertung für den Zeitraum noch nicht erfolgt ist, bitte die vorläufigen Zahlen angeben), und wie viele AWG-Ablehnungen (AWG = Außenwirtschaftsgesetz) endgültiger Ausfuhren von Rüstungsgütern hat es seitens der Bundesregierung seit 2023 bis zum aktuellen Stichtag der Beantwortung der Frage gegenüber Israel gegeben (bitte entsprechend den Jahren unter Angabe der Ausfuhrlistenposition einschließlich Genehmigungswert und Grund der Ablehnung angeben; bitte ggf. auf maximal acht Ablehnungen eingrenzen; sofern eine endgültige Auswertung für den Zeitraum noch nicht erfolgt ist, bitte die vorläufigen Zahlen angeben)?
41. Abgeordneter
Dr. Markus Reichel
(CDU/CSU)
- Wie ist der aktuelle Stand hinsichtlich der in der Leichtbaustrategie der Bundesregierung aufgeführten Maßnahmen, und welche können unter anderem infolge der Haushaltslage in dieser Legislaturperiode nicht mehr begonnen werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

42. Abgeordneter
Henning Rehbaum
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung nach dem Aus der Steuervergünstigung für Agrardiesel, Steuerbefreiungen für alternative Kraftstoffe wie HVO 100 für Traktoren und Erntemaschinen einzuführen, und wenn nein, wieso nicht?
43. Abgeordneter
Thomas Jarzombek
(CDU/CSU)
- Wie lange dauert es durchschnittlich zwischen dem Zeitpunkt der Mittelbindung bis zu dem des Mittelabflusses von einzelnen Maßnahmen der Schulsanierung im Rahmen des Kapitels 2 Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes, und kann die Auszahlung von gebundenen Bundesmitteln auch nach dem 31. Dezember 2025 durch die Länder angeordnet werden?

44. Abgeordneter
Christian Görke
(Gruppe Die Linke)
- Wie bewertet die Bundesregierung die ökonomischen Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung von 7 auf 19 Prozent in der Gastronomie-Branche vor dem Hintergrund, dass die realen Umsätze 15,7 Prozent unter der Vor-Corona-Zeit liegen und die Insolvenzen sowie Betriebsaufgaben 2023 gestiegen sind (vgl. www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/unternehmen/gastronomie-insolvenz-welle-deutschland-inflation-coronavirus-100.html sowie www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/04/PD24_158_45213.html), und plant die Bundesregierung, die Konjunktur in der Gastronomie mit politischen Maßnahmen anzukurbeln (wenn ja, bitte ausführen)?
45. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Erachtet die Bundesregierung den Vorschlag der Zukunftskommission Landwirtschaft, die Mehrwertsteuer auf tierische Lebensmittel zu erhöhen, um mehr Tierschutz zu erreichen, als verfassungskonform (<https://taz.de/Mehrwertsteuer-auf-Tierprodukte/!6000706/>)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat

46. Abgeordnete
Clara Bünger
(Gruppe Die Linke)
- Wie viele Asylanträge von Asylsuchenden aus der Türkei hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) seit 2021 bis zum letzten verfügbaren Stand als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt (bitte nach Jahren aufschlüsseln, zwischen türkisch- und kurdischstämmigen Antragstellenden unterscheiden und zum Vergleich auch jeweils die Zahl der einfachen Ablehnungen und der BAMF-Entscheidungen zum Herkunftsland Türkei insgesamt nennen), und hat es im BAMF eine Änderung der internen Vorgaben bzw. Leitlinien bezüglich Ablehnungen als „offensichtlich unbegründet“ beim Herkunftsland Türkei gegeben, vor dem Hintergrund, dass Anwältinnen mich darüber informiert haben, dass nach ihrer Erfahrung die Zahl solcher Ablehnungen bei kurdischen Antragstellenden aus der Türkei zuletzt deutlich zugenommen habe, wobei es für eine solche qualifizierte Ablehnung mittlerweile schon ausreichen könne, dass Asylsuchende sich lediglich auf ihre kurdische Volkszugehörigkeit beriefen oder beispielsweise polizeiliche Übergriffe nur „pauschal“ schildern könnten?

47. Abgeordnete
Clara Bünger
(Gruppe Die Linke)
- Wie viele polizeiliche Ermittlungsverfahren gab es laut Polizeilicher Kriminalstatistik wegen unerlaubter Einreise bzw. unerlaubten Aufenthalts (bitte differenzieren, auch im Folgenden) im Jahr 2023 (bitte die Gesamtzahlen jeweils auch nach Alter differenzieren, und zwar: 0 bis unter 1 Jahr, 1 bis unter 6 Jahren, 6 bis unter 10 Jahren, 10 bis unter 14 Jahren, 14 bis unter 16 Jahren, 16 bis unter 18 Jahren, Volljährige), und wird das Bundesministerium des Innern und für Heimat gegenüber der Bundespolizei tätig werden (und wenn ja, wie) angesichts der Einschätzung von Prof. Dr. Henning Ernst Müller, der bei polizeilichen Ermittlungen wegen unerlaubten Grenzübertritten und illegalen Aufenthalten gegen Kleinkinder und Babys den Tatbestand der Verfolgung Unschuldiger (§ 344 des Strafgesetzbuches) objektiv als erfüllt ansieht, weil jedenfalls bei Babys und Kleinkindern ein entsprechender Vorsatz und ein intellektuelles Verständnis des Konzepts nationalstaatlicher Grenzen sicher immer ausgeschlossen werden kann (wenn sie nicht gar, unabhängig von ihrem Willen, getragen wurden, vgl. <https://community.beck.de/2024/04/15/tausendfache-verfolgung-unschuldiger-ss-344-stgb-zur-manipulation-der-polizeilichen-kriminalstatistik>; bitte rechtlich nachvollziehbar begründen), auch vor dem Hintergrund, dass diese Delikte nach der Darstellung von Prof. Dr. Henning Ernst Müller 85 Prozent der erfassten Strafverfahren bei Kindern bis zu sechs Jahren ausmachen und dies nach meiner Einschätzung eine verzerrte Wahrnehmung in der Öffentlichkeit zur Folge haben kann?
48. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)
- Welche Zahlen von der sächsischen Außengrenze liegen der Bundesregierung bezüglich Fahndungstreffern und unerlaubten Einreisen für das 1. Quartal 2024 vor (bitte jeweils monatlich aufschlüsseln)?

49. Abgeordneter
Andrej Hunko
(Gruppe BSW)
- Haben deutsche Behörden konkrete Maßnahmen (wie z. B. Einreiseverbot, Betätigungsverbot, Nutzung von Online-Videokonferenzen, Versenden von Videobotschaften oder anderes, vgl. www.handelsblatt.com/politik/deutschland/israelfeindlich-e-propaganda-einreiseverbot-gegen-yanis-varoufakis/100032348.html und www.tagesspiegel.de/berlin/bilanz-zum-palastina-kongress-in-berlin-politisches-betätigungsverbot-fur-drei-redner-erlassen--55-straftanzeigen-11516648.html#:~:text=Das%20Landesamt%20f%C3%BCr%20Einwanderung%20hat, Montag%20im%20Innenausschuss%20des%20Abgeordnetenhauses) gegenüber dem ehemaligen Finanzminister Griechenlands und Vorsitzenden der Partei Diem²⁵ Yanis Varoufakis getroffen, um seinen Auftritt an dem Palästina-Kongress im April 2024 in Berlin zu verhindern (siehe dazu die Erklärung von Yanis Varoufakis, in der er selbst die internationale Öffentlichkeit über seinen Fall informiert hat: https://twitter.com/diem_25/status/1779162264903254321?s=46&t=B-QN_tFg3Ugd5mFMpzBzQg), und wenn ja, welche, und welche Ressorts haben über die Maßnahmen (wie z. B. Betätigungsverbote) entschieden, um Auftritte von Rednern auf dem Palästina-Kongress in Berlin zu verhindern?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

50. Abgeordneter
Petr Bystron
(AfD)
- Sind der Bundesregierung inzwischen aus offenen Quellen neue Informationen dazu übermittelt worden, wie viele christliche Geistliche (Pfarrer, Priester, Ordensmänner) seit 2017 aus Russland bzw. der Ukraine ausgewiesen (auch Verweigerung der Einreise), dort inhaftiert, ermordet bzw. aus politischen oder religiösen Gründen verfolgt wurden (www.kirche-und-leben.de/artikel/buergerrechtler-drei-katholische-priester-in-belarus-festgenommen)?
51. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Wie viel Prozent der Auslandsliegenschaften (Auslandsvertretungen, Goethe-Institute, Militär- oder Geheimdienststandorte und Deutschen Schulen) im Besitz oder gemietet von der Bundesrepublik Deutschland sind nach Kenntnis der Bundesregierung der Energieeffizienzklasse A zuzuordnen, und in wie viele der besagten Immobilien werden Wärmepumpen für Heizzwecke eingesetzt (<https://bfaa.diplo.de/bfaa-de/bfaa-/-/2494220>)?

52. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(Gruppe BSW)
- Hat sich die Bundesregierung zu dem mutmaßlichen Luftschlag Israels im Iran, der laut Berichten der Sender CNN, ABC News, MSNBC und Fox News und anderer US-amerikanischer Medien als Vergeltung für Teherans Drohnen- und Raketenbeschuss ausgeführt worden sein soll (dpa vom 19. April 2024) eine rechtliche Auffassung gebildet, und wenn ja, wie sieht diese in Betrachtung völkerrechtlicher Bestimmungen aus?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

53. Abgeordneter
Petr Bystron
(AfD)
- Welche Kosten entstehen nach Kenntnis der Bundesregierung für deutsche Unternehmen voraussichtlich durch die Einführung der Pflicht zur Nachhaltigkeitsberichterstattung (ESG-Reporting)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

54. Abgeordneter
**Dr. Hermann-Josef
Tebroke**
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung mit Blick auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU Bundestagsdrucksache 20/10572 zur Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen geplant, auch wenn derzeit noch kein Zeitpunkt der Einführung mitgeteilt werden kann?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der
Verteidigung**

55. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)
- Welche Ursachen sieht der Bundesminister der Verteidigung, Boris Pistorius, für die weiterhin zunehmende Anzahl minderjähriger Rekruten bei der Bundeswehr, und leitet er Maßnahmen aus diesem Umstand ab, und wenn ja, welche (vgl. Tagesschau – www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/bundeswehr-rekruten-102.html, Bayerischer Rundfunk – www.br.de/nachrichten/bayern/erneut-mehr-minderjaehrige-bundeswehr-rekruten-in-bayern,U8ZQguj, zuletzt abgerufen am 4. April 2024)?
56. Abgeordneter
Jürgen Hardt
(CDU/CSU)
- Warum hat die Bundesregierung die Entscheidung zur Generalüberholung der nicht einsatzbereiten Taurus-Marschflugkörper erst im März 2024 getroffen (www.tagesspiegel.de/politik/technik-upgrade-bundesregierung-moechte-kompletten-aurus-bestand-modernisieren-11354263.html), und bis wann plant die Bundesregierung, die Einsatztauglichkeit aller Taurus-Marschflugkörper der deutschen Streitkräfte herzustellen?
57. Abgeordneter
Jürgen Hardt
(CDU/CSU)
- Ist es seitens der Bundesregierung geplant, die positiven Erfahrungen aus den schnelleren Beschaffungs- und Genehmigungsprozessen des Sonderstabs Ukraine des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) auf die Beschaffungen für die Bundeswehr zu übertragen, und was sind die zehn wichtigsten Punkte, mit denen das BMVg eine weitere Beschleunigung von Beschaffungsprozessen erreichen will?
58. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)
- Wie viele der vom Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung Thomas Hitschler in seiner Beantwortung der Frage 10 in der Fragestunde am 10. April 2024 (vgl. Plenarprotokoll 20/162) erwähnten 85 Regelungen sind konkret „aktualisiert“ (bitte ausführlich erläutern, was unter der Aktualisierung von Regelungen gemeint ist) bzw. „außer Kraft gesetzt“ worden, und aus welchen konkreten Gründen sind bis zum heutigen Tage laut der erwähnten Äußerung 118 Regelungen immer noch nicht aufgehoben oder zumindest aktualisiert worden?

59. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung im Bundeshaushalt 2024 Mittel für die Beschaffung von Flugabwehrraketen vom Typ SM2, die von Fregatten der Klasse 124 verschossen werden können, veranschlagt (bitte ggf. auch die Höhe entsprechend veranschlagter Haushaltsmittel angeben), und bei welchen aktuell von der Bundeswehr genutzten Waffensystemen wird Munition genutzt, die nach Kenntnis der Bundesregierung aktuell nicht mehr hergestellt und daher nicht ohne Weiteres nachbeschaffbar ist (bitte die 20 aus Sicht der Bundesregierung wichtigsten Waffensysteme auflisten, bei denen eine entsprechende Munition zum Einsatz kommt)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

60. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
- Plant der Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft Cem Özdemir bis Ende des Jahres 2024 konkrete Maßnahmen, die auf eine Entlastung von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben gerichtet sind, und wenn ja, welche (vgl. RBB24 – www.rbb24.de/politik/beitrag/2024/03/landwirte-bundeslaender-entlastung.html, zuletzt abgerufen am 4. April 2024)?
61. Abgeordnete
Astrid Damerow
(CDU/CSU)
- Wann ist die Kabinettsbefassung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Tierschutzgesetzes und des Tiererzeugnisse-Handels-Verbotsgesetzes vorgesehen, sodass das parlamentarische Verfahren im Deutschen Bundestag eingeleitet werden kann?
62. Abgeordneter
Artur Auernhammer
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung für die kleinbäuerlichen Strukturen vor allem in Süddeutschland, die laut der Aussage des Bundesministers für Ernährung und Landwirtschaft Cem Özdemir eine herausragende Rolle in der deutschen Landwirtschaft einnehmen, um die Umbrüche, die das geplante Tierschutzgesetz vor allem mit Blick auf das Verbot der Anbindehaltung zur Folge haben wird, zu strukturieren und die betroffenen Betriebe und Bauernfamilien bei diesem Strukturbruch zu unterstützen?

63. Abgeordneter
Dr. Oliver Vogt
(CDU/CSU)
- Welche Auswirkungen wird die Ablehnung des Kommissionsvorschlages zu Neuen genomischen Techniken (NGT) im Rat „Landwirtschaft und Fischerei“ der Europäischen Union auf die deutsche und europäische Landwirtschaft haben, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu treffen, um den Import von pflanzlichem Material aus Drittstaaten, das mithilfe von NGT gezüchtet wurde, zu regulieren?
64. Abgeordnete
Ingrid Pahlmann
(CDU/CSU)
- Welche Bedeutung misst die Bundesregierung Paludikulturen (www.nordsee-zeitung.de/Cuxland/Paludi-Farming-Ein-wichtiger-Baustein-fuer-den-niedersaechsischen-Klimaschutz-196381.html) bei, vor dem Hintergrund der von ihr formulierten Notwendigkeit, Moore wieder zu vernässen, bei gleichzeitigem Nutzen für landwirtschaftliche Betriebe?
65. Abgeordneter
Artur Auernhammer
(CDU/CSU)
- Wie sehen die konkreten inhaltlichen und zeitlichen Pläne der Bundesregierung in Bezug auf die in der Protokollerklärung zum zweiten Haushaltsfinanzierungsgesetz angekündigte Entlastung der Landwirtinnen und Landwirte durch eine „überarbeitete Ausgestaltung der Stoffstrombilanzverordnung“ aus, und wieso genau hält sie an dieser weiterhin fest, obwohl die geplante EU-Monitoring-Verordnung die gleichen Informationen abfragt und es durch diese Doppelung meiner Ansicht nach voraussichtlich zu mehr Bürokratie für die betroffenen Betriebe kommen wird?
66. Abgeordnete
Astrid Damerow
(CDU/CSU)
- Wird es in diesem Jahr erneut ein Betriebsbeihilfeprogramm wie in den Jahren 2023 und 2022 für die unter Kostensteigerungen leidende Fischerei geben, und wenn ja, wann beginnt die Antragsphase?
67. Abgeordnete
Christina Stumpp
(CDU/CSU)
- Wann ist mit einer Einigung zum geplanten und sehr umstrittenen Kinder-Lebensmittel-Werbe-gesetz (KLWG) zu rechnen (bitte konkreten Zeitpunkt angeben), und lassen sich bereits unstrittige Kernpunkte des Vorhabens nennen (vgl. <https://background.tagesspiegel.de/agrar-ernaehrung/chile-zeigt-beispielhaftes-vorgehen-beim-schutz-von-kindern-vor-werbung>)?

68. Abgeordnete
Christina Stumpp
(CDU/CSU)
- Wann rechnet die Bundesregierung mit der Vorlage des im Sommer 2023 vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) in Auftrag gegebenen Rechtsgutachtens zur Erleichterung der Weitergabe von noch verzehrbaren Lebensmitteln (bitte konkretes Datum/genauen Zeitrahmen nennen), und welche konkreten haftungsrechtlichen Fragen sollen in dem Gutachten geklärt werden (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion auf Bundestagsdrucksache 20/10047)?
69. Abgeordneter
Dr. Michael Kaufmann
(AfD)
- Wie begründet das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft die Darstellung „vorwiegend pflanzlicher“ Nahrung in der Gemeinschaftsverpflegung als „gesunde und nachhaltige Ernährung“ (Ernährungsstrategie der Bundesregierung, S. 12), angesichts der Tatsache, dass aktuelle Studien nachgewiesen haben, dass Kinder mit einer vegetarischen Diät doppelt so häufig wie ihre Altersgenossen von Untergewicht betroffen sind (<https://edition.cnn.com/2022/05/02/health/vegetarian-diet-child-development-effects-wellness/index.html>; <https://publications.aap.org/pediatrics/article/149/6/e2021052598/186964/Vegetarian-Diet-Growth-and-Nutrition-in-Early>)?
70. Abgeordneter
Matthias Hauer
(CDU/CSU)
- Wie viele bezahlte Nebentätigkeiten wurden im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft seit Beginn der Amtszeit der Bundesregierung von Mitgliedern der Leitungsebene (ab Ebene der Referatsleitung) angezeigt, und für welche Auftraggeber waren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig?

